

Pressemitteilung

„Uns reicht’s! Wir wehren uns gegen Stellenabbau und unzumutbare Arbeitsbedingungen in der Pflege.“

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) e. V. und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di starten gemeinsam bundesweite Unterschriftenkampagne. Kampagne richtet sich an 1,2 Millionen Beschäftigte in Pflegeberufen. Gewerkschaft und Berufsverband stellen konkrete Forderungen an Bundes- und Landesregierungen.

Berlin, den 22. November 2007

Mit der heute in Berlin gestarteten, bundesweiten Unterschriftenkampagne „Uns reicht’s“ protestieren der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) e.V. und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), mit Unterstützung des Deutschen Pflegerates (DPR), gemeinsam gegen Personalabbau und unzumutbare Arbeitsbedingungen in der Pflege. Die auf drei Monate angelegte Kampagne richtet sich vor allem an die rund 1,2 Millionen Pflegefachkräfte, aber auch an Patienten und Angehörige. Unterschriften können online auf www.pflege-uns-reicht.de sowie in Listen, die in ganz Deutschland in Krankenhäusern, Pflegeheimen und ambulanten Pflegediensten zur Verfügung stehen, geleistet werden. Ziel der Kampagne ist es, die gesammelten Unterschriften an die Bundesregierung zu übergeben. Damit soll nachdrücklich auf die katastrophalen Arbeitsbedingungen in der deutschen Pflege aufmerksam gemacht und konkrete Forderungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen zum Wohle von Betroffenen und Pflegekräften vorgebracht werden.

„Deutschland steht heute kurz vor dem Pflegekollaps,“ warnte Franz Wagner, Bundesgeschäftsführer des DBfK e.V., bei der Vorstellung der Kampagne in Berlin. „Die Folgen werden für Patienten und Pflegekräfte noch katastrophaler ausfallen, als die bereits jetzt spürbaren, unzumutbaren Bedingungen in Krankenhäusern, Pflegediensten und in der stationären Altenhilfe. Wir protestieren mit unserer Unterschriftenkampagne gegen diese unerträgliche Situation und warnen Öffentlichkeit und Politik vor dem völligen Zusammenbruch des gegenwärtigen Pflegesystems, was weitreichende Auswirkungen auf das gesamte Gesundheits- und Sozialwesen in Deutschland hätte“, so Wagner weiter.

Ellen Paschke, Mitglied im ver.di-Bundesvorstand, kündigte zum Kampagnenstart an: „Wenn wir heute nicht Alarm schlagen, werden wir morgen in Deutschland keine qualitativ ausreichende Pflege mehr haben. Wir rufen daher alle ver.di-Mitglieder in der Pflege und darüber hinaus alle Pflegekräfte dazu auf, sich mit ihrer Unterschrift zu engagieren und so die Politik auf Länder- und Bundesebene zum sofortigen Handeln aufzufordern. Mit Stellenabbau und unerträglichen Arbeitsbedingungen muss jetzt Schluss sein!“

Dem deutschen Pflegewesen droht nach Auffassung des Berufsverbandes und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft nach einem schleichenden, jahrelangen Arbeitsplatzabbau, Lohn-dumping sowie hohem Kostendruck angesichts des kontinuierlich steigenden Pflegebedarfs der Zusammenbruch: Arbeitsbedingungen und die Arbeitsbelastung der Pflegekräfte sind heute in allen drei Kernbereichen der Pflege – Krankenhäuser, stationäre Altenhilfe sowie ambulante Pflege – unzumutbar. Die allgemeinen Ursachen für die Krise der deutschen Pflege liegen im Pflegepersonalabbau bei gleichzeitig steigendem Pflegebedarf durch höhere Patienten- und Bewohnerzahlen und dem Anstieg pflegeintensiverer, u. a. chronischer Erkrankungen wie z. B. Demenz. Die Situation wird durch den zunehmenden Einsatz von nicht-ausgebildeten Hilfskräften in der Altenpflege und eine Aufweichung gesetzlicher Bestimmungen zur pflegerischen Mindestausstattung verschärft. Obwohl diese Entwicklungen seit Jahren bekannt sind und aufgrund der demografischen Entwicklung in Deutschland künftig bedeutend mehr Pflegekräfte benötigt werden, baut man gleichzeitig die Ausbildungsplätze für Pflegefachkräfte weiter ab.

Katastrophale Situation in Krankenhäusern, stationärer und ambulanter Altenpflege

Allein in **Krankenhäusern** wurden seit 1995 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 48.225 Arbeitsplätze im Pflegedienst abgebaut, gleichzeitig stiegen die Fallzahlen von 15,9 auf 16,8 Millionen. Die Struktur der Pflegefälle hat sich noch dadurch verschärft, dass immer mehr multimorbide und ältere Patienten einen hohen Unterstützungsbedarf haben. Analytische Messinstrumente zur Erfassung von Pflegepersonalbedarf wurden vor Jahren bereits wieder außer Kraft gesetzt. Viele Krankenhäuser stehen unter einem erheblichen Kosten- und Wettbewerbsdruck, 40 Prozent aller Kliniken wollen auch im kommenden Jahr Stellen in der Pflege abbauen – auf dem Rücken von Patienten und Pflegekräften, zu Lasten von Qualität und Sicherheit (Krankenhausbarometer 2007). Nach dem Pflege thermometer 2007 können beispielsweise nur in einem Drittel der Krankenhäuser eine regelmäßige Grundpflege und Lagerung von Patienten erbracht werden, und nur 25 Prozent aller Häuser können sich überhaupt intensiv um pflegebedürftige Patienten kümmern.

In **Altenpflegeheimen, d.h. der stationären Altenhilfe**, ist die Situation für Heimbewohner und Pflegekräfte ebenso dramatisch; hier wirken sich Zeitdruck, Überbelastung, unzureichende Qualifizierung und Personalmangel besonders drastisch aus – die Kluft zwischen Ansprüchen von Bewohnern und Angehörigen und Heimrealität wird immer größer. Für Zuwendung bleibt keine Zeit, immer mehr Pflegebedürftige müssen in kürzeren Zeittakten gepflegt und betreut werden. Da die Zahl der Pflegebedürftigen und Demenzkranken und der Grad der Pflegebedürftigkeit in Deutschland unaufhaltsam steigen – nach aktuellen Erhebungen von heute 677.000 Heimbewohnern auf etwa 1,7 Millionen im Jahre 2050 – wird gerade in der stationären Altenhilfe schon in den nächsten zwanzig Jahren doppelt so viel Personal benötigt. Stattdessen droht in vielen Bundesländern jedoch ein

zunehmender Qualitätsverlust, weil der Fachkräfteschlüssel, der die Zahl von Pflegefachkräften in Heimen gesetzlich festlegt, aus Kostengründen ausgehöhlt wird.

In den Einrichtungen der **ambulanten Pflege** sieht die Lage nicht besser aus. Da auch hier immer mehr Menschen länger pflegebedürftig sind, gleichzeitig aber das klassische familiäre Umfeld für die Pflege wegfällt, steigt der Bedarf an häuslicher Pflege kontinuierlich an. Besorgniserregend ist hier der Qualitätsverfall durch den Einsatz ungelernter Hilfskräfte. Schätzungen gehen davon aus, dass heute bereits rund eine Millionen unqualifizierter Kräfte in der häuslichen Pflege arbeiten, immer weniger Fachkräfte stehen zur Verfügung.

Unbeschadet der öffentlichen Diskussion über eine schlechter werdende pflegerische Versorgung, Fachkräftemangel und steigenden Pflegebedarf werden Ausbildungsplätze abgebaut.

Forderungen der Pflegekräfte an die Bundesregierung.

Angesichts der unzumutbaren Bedingungen in der Pflege stellen der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe und die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di mit ihrer Unterschriftenkampagne diese Forderungen an Gesellschaft und Politik:

- Patienten und Pflegekräfte haben ein Recht auf eine Personalausstattung in allen Versorgungsbereichen, die eine qualitativ hochwertige und dem Bedarf angemessene pflegerische Versorgung gewährleistet.
- Die Pflege benötigt verpflichtende analytische Personalbemessungsverfahren zur Sicherstellung dieser Personalausstattung.
- Pflegefachkräfte verdienen eine Vergütung, die den Anforderungen und Belastungen angemessen ist.
- Die Kampagne setzt sich für Arbeitsbedingungen ein, die es möglich machen, den Pflegeberuf wieder mit Freude und Stolz – und möglichst ein Leben lang auszuüben.
- Die Pflege ist kein Lückenbüßer und Dispositionsmasse für ungeliebte Tätigkeiten anderer Berufe.

- Die Pflegenden in Deutschland erwarten Respekt und Anerkennung für die Leistung, die sie für den Behandlungserfolg erbringen.

DBfK und ver.di fordern die Bundesregierung auf, sich endlich aktiv für die dauerhafte Sicherstellung der pflegerischen Versorgung in Deutschland einzusetzen.

Weitere Informationen:

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V.

Salzufer 6, 10587 Berlin, Tel. 030/219 157 0, Fax 030/219 157 77
dbfk@dbfk.de www.dbfk.de

ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Bundesverwaltung - Fachbereich 3: Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Tel. 030/69 56 18 30, Fax 030/69 56 31 41
gerd.dielmann@verdi.de www.verdi.de

www.pflege-uns-reichts.de